

Absender:

Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Mobilität u. technische Infrastruktur
Bereich Infrastruktur- und Straßenverwaltung
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Bearbeitung: Frau Knoblich
Telefon: 0331 289-2716
Fax: 0331 289-842716
Dienstgebäude: Friedrich-Engels-Str. 104
E-Mail: Strassenverwaltung@Rathaus.Potsdam.de

Antrag auf Verlängerung

Genehmigung vom:

☐ **einer Baustellenzufahrt
verlängerte Nutzungsdauer:**

vom:

bis:

Ort der Baumaßnahme (Straße, Hausnummer, Gemarkung, Flur, Flurstück)

Antragsteller (Name, Vorname oder Firma)

Antragsteller Adresse (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)

Ansprechpartner auf der Baustelle (Name, Telefon)

☐ Der Antrag wird nicht im eigenen Namen gestellt (bitte Vollmacht beifügen).

Der Gebührenbescheid soll abweichend an folgende Adresse gesendet werden.¹
(Name, Vorname oder Firma, PLZ, Ort, Straße, Hausnummer).

Datum und Unterschrift

Anlagen: ☐ Vollmacht

¹ Eine nachträgliche Änderung des Bescheidempfängers kann zusätzliche Kosten verursachen.

Bitte geben Sie an, über welche Wege wir künftig mit Ihnen in Kontakt treten dürfen.

Name, Vorname: _____
Geburtsdatum: _____
Anschrift: _____
Bevollmächtigte: _____
Anschrift: _____
Gesetzliche Vertreter: _____
Anschrift: _____
E-Mail: _____
Telefon: _____

Einwilligungserklärung

Ich willige in die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten im untenstehenden Umfang und für die dort genannten Zwecke durch den Verantwortlichen ein. Meine Angaben sind freiwillig.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Organisationseinheit:	Infrastruktur und Straßenverwaltung
Telefon:	0331 / 289 2716
Fax:	0331 / 289 2715
E-Mail:	strassenverwaltung@rathaus.potsdam.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Potsdam
Herr J. Schulz
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Telefon:	0331 / 289 - 1115
Fax:	0331 / 289 - 841115
E-Mail:	datenschutzbeauftragter@rathaus.potsdam.de

3. Datenverarbeitung

Die Art der zu verarbeitenden personenbezogenen Daten ergibt sich aus Ihrem Antrag, d.h. aus denen von Ihnen an uns übersandten Daten, sowie anhand der für die Bearbeitung des Vorgangs erforderlichen Daten.

4. Zwecke der Datenverarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden durch die Landeshauptstadt Potsdam zum Zweck der Antragsbearbeitung sowie hoheitlichen Aufgabenerfüllung entsprechend der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet, Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO. Sofern die Landeshauptstadt Potsdam im o. g. Rahmen weiteren gesetzlichen Pflichten unterliegt, werden Ihre Daten im erforderlichen Umfang verarbeitet und bei Bestehen gesetzlicher Melde- und Auskunftspflichten an die betreffenden Stellen weitergegeben, Art. 6 Abs. 1 lit. c) DS-GVO. Weiterhin verarbeiten wir Ihre Daten gegebenenfalls zur Klärung von Ansprüchen, etwa im Fall eines Rechtsstreits, wenn dies hierfür erforderlich ist, Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO.

Ohne die Erhebung und Nutzung der personenbezogenen Daten des Antragstellers kann eine weitere Bearbeitung des Antrages bzw. Vorgangs nicht erfolgen.

Die Daten der im weiteren Bearbeitungsverlauf durch Sie als Antragsteller gegebenenfalls benannten gesetzlichen Vertreter, Mitarbeitenden oder Ansprechpartner werden gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO durch die Landeshauptstadt Potsdam verarbeitet.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

- | | | |
|-------------------------------------|--|---|
| ☒ | innerhalb des Verantwortlichen | einzelfall- und vorgangsbezogen mit der Antragsbearbeitung sowie Aufgabenerfüllung befassten städtischen Organisationseinheiten |
| ☒ | Auftragsverarbeitern, Art. 28, 29 DS-GVO | sorgfältig ausgewählten Dienstleistern, die nur im Rahmen der strengen Auflagen einer Datenverarbeitung im Auftrag für die Landeshauptstadt Potsdam tätig werden; |
| ☒ | Dritten | einzelfall- und vorgangsbezogen mit der Antragsbearbeitung sowie hoheitlichen Aufgabenerfüllung befassten Organisationen und Institutionen sowie im Rahmen gesetzlicher Verpflichtungen oder berechtigter Interessen (z.B. Aufsichtsbehörden, andere Behörden des Bundes, des Landes oder angrenzender Gemeinden, Gerichte, öffentlich bestellter Gutachter oder Vermessungsingenieure, Rechtsanwälte, Notare, Versicherer) |

Eine Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet nicht statt.

7. Dauer der Speicherung

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt nur so lange, wie dies für den jeweiligen Zweck erforderlich ist. Höchstens so lange, wie berechnete Interessen der Landeshauptstadt Potsdam bzw. gesetzliche Aufbewahrungsfristen sowie ggf. Spezialgesetzgebungen dies notwendig machen.

8. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat bei Vorliegen der Voraussetzungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- ☒ Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung: ein jederzeitiges Widerrufsrecht (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)
(Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.);
- ☒ Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft
(Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.);
- ☒ Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)
(Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.);
- ☒ Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde ist zu richten an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon:	033203 / 356 - 0
Fax:	033203 / 356 - 49
E-Mail:	poststelle@lda.brandenburg.de

Ort, Datum

Unterschrift